

<https://ansage.org/mit-paus-und-faeser-in-die-meinungsdiktatur/>

http://fshh.rschr.de/pdf/Daniel_Matissek_Mit_Paus_und_Faeser_Meinungsdiktatur_Ansage_2024-02-14.pdf



Mit Paus und Faeser in die Meinungsdiktatur

[von Daniel Matissek](#) - [14. Februar 2024](#)



Paus und Faeser: Das Duo infernale der Rechtsstaatsaushöhlung (Foto:Imago)

Jetzt brechen alle Dämme, ab nun geht es alles sehr schnell. Wer immer schon einmal Zeuge werden wollte, wie eine zuvor freiheitliche Gesellschaft in die Diktaturfalle tappt und sich schleichend zur Tyrannei wandelt, der hat derzeit in Deutschland Logenplätze. Die Corona-Ära war rückschauend der Auftakt, sie senkte die Akzeptanzschwellen für staatliche Übergriffe und lockerte den Boden, auf dem heute die atemberaubendsten Angriffe gegen Grundgesetz und Grundrechte gedeihen, die dieses Land seit 34 respektive 79 Jahren gesehen hat. Alle Gespenster der Vergangenheit kriechen wieder aus den Lö-

chern. Die Geschwindigkeit und Skrupellosigkeit, mit der die Ampel-Regierung elementarste Schutzmechanismen der Demokratie eben im Namen der Rettung selbiger aushebelt, um einen autoritären Spitzelstaat zu errichten, sind in jüngerer Geschichte beispiellos. Und wie in fast allen historischen Vergleichsfällen realisieren weder die schlafwandelnde Mehrheit noch die Akteure, wohin die Reise geht. Der Weg in die Barbarei ist mit besten Vorsätzen gepflastert.

Zum Beispiel mit dem Vorsatz der angeblichen „*Demokratieverteidigung*“: Ein Meilenstein dessen, was Innenministerin Nancy Faeser gemeinsam mit ihrer Schwester im Geiste, Familienministerin Lisa Paus, umzusetzen plant, indem sie jegliche Kritik bekämpfen und die Opposition auch außerparlamentarisch final mundtot machen will, ist das unsägliche „*Demokratiefördergesetz*“, ein besonderes Steckenpferd beider Damen. [Paus verkündete gestern](#) ganz unverblümt auf einer Pressekonferenz: „*Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, dass Hass im Netz auch unter der Strafbarkeitsgrenze vorkommt. Viele Feinde der Demokratie wissen ganz genau, was auf den Social-Media-Plattformen gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt.*“ Im Klartext: Die Regierung will also Äußerungen bekämpfen, die ausdrücklich von der Meinungsfreiheit gedeckt sind. Etwas, das zweifellos nicht kriminell ist, soll nun doch kriminalisiert werden – einfach deshalb, weil es der Regierungsagenda zuwiderläuft und nicht links genug ist. Dazu sollen alle einschlägigen Organisationen mit noch mehr Millionen von Steuergeld gefördert werden, die als Wächter der linken Meinungsdiktatur fungieren. Dies ist einer der zentralen Inhalte dieses „*Demokratiefördergesetzes*“, das in Wahrheit ein Demokratiebeseitigungsgesetz ist.

Mästung des linksstaatlichen Apparats

Nur [linke und linksradikale Organisationen sollen dauerhaft gefördert](#) werden; hingegen wird natürlich keine einzige nicht-linke Gruppierung auch nur einen Cent aus den Fördertöpfen jemals sehen. Eine Klausel, die die Förderung von Extremisten ausschließt, wurde ausdrücklich nicht aufgenommen – weil Paus dafür „*weder Anlass noch Bedarf*“ sieht. Dies ist nur allzu verständlich – handelt es sich dabei doch um die Mästung ihrer eigenen Gesinnungsgenossen, zumal man gerade die Fußtruppen des Linksstaats wie Antifa pampern möchte, und die Grauzone zwischen den Demokratierettern der Stirn und jenen der Faust planmäßig immer mehr zu verwischen. Die konkrete Fortsetzung mit anderen Mitteln all dessen, was die Bundesregierung und ihre „*zivilgesellschaftlichen*“ vorpolitischen Mitstreiter verbal propagieren, darf nicht zu kurz kommen. Wer sollte sonst all die tödlichen Attacken auf AfD-Politiker, die [Anschläge auf ihre Parteibüros](#) und [Brandanschläge auf Fahrzeuge](#) (und neuerdings auch schon auf [Gehöfte kritischer Bauern](#)), die Morddrohungen gegen kritische Journalisten und die Einschüchterung Andersdenkender besorgen? „*Antifaschismus ist Handarbeit*“, schrieb die [„Spiegel“-Linksextremistin Margarete Stokowski](#) schon vor Jahren.

Auch das geschieht sehenden Auges unter Billigung, Mitwirkung oder wenigstens schuldhaftem Gewährenlassen durch die mitregierende FDP. Ein erneuter Fall also für die restliberale Rampensau der Partei, FDP-Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Kubicki. Dieser fungiert bekanntlich als eine Art Alibi-Stimme der Vernunft, als kritischer Blitzableiter gegen all die Ampel-Irrsinnigkeiten, die am Ende von seiner Partei (und sogar ihm selbst) dann doch mitgetragen und durchgewunken werden – so bei Atomausstieg, Staatsbürger-

schaftsrecht oder Heizungsgesetz. [Kubicki wettete wohlfeil](#): „*Ich möchte nicht, dass Frau Paus anhand ihrer eigenen gefühligen Maßstäbe darüber befindet, was im Rahmen unserer Verfassung möglich und nicht möglich ist.*“ Man müsse sich „*schon die Frage stellen, wer eigentlich gefährlicher für unsere Verfassungsordnung ist: Diejenigen, die sich im Rahmen des Erlaubten bewegen, oder diejenigen, die den Rahmen des Erlaubten nach eigenem Gusto beschränken wollen.*“ Alles richtig – würde dieser Salonrenitente hier nicht wieder in sein altbekanntes Muster verfallen: Die Regierung, der seine eigene Partei angehört, harsch zu kritisieren, [zugleich aber darauf zu bestehen](#), dass diese Amok-Koalition fortgesetzt wird.

Beseitigung des Rechtsstaats

Es geht hier längst nicht mehr um demokratieübliche Kritik an einer Regierung, um Richtungs- oder gar Stilfragen ihres Handelns oder um eine miserable Politik, sondern längst steht nicht weniger als das Grundgesetz auf dem Spiel. Die permanenten Angriffe auf die Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates kulminieren heute perverserweise in dem Vorwand, just selbigen angeblich zu „*verteidigen*“. Ebenso beängstigend wie Paus' Vorhaben sind auch die jüngsten Verlautbarungen von Faeser und ihrem treuen Paladin, Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang. Auf einer [gemeinsamen Pressekonferenz zum Maßnahmenpaket](#) „*Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen*“, bei der auch Holger Münch, der Chef des Bundeskriminalamts (BKA), zugegen war, deklamierte Faeser: „*Wir müssen als wehrhafte Demokratie uns den Extremisten entgegenstellen.*“ Damit waren natürlich nur vermeintliche „*Rechte*“ gemeint, denn erweislich existieren linker und islamischer Extremismus in der Vorstellungswelt, der akzeptierten Restrealität dieser Ministerin schlichtweg nicht. Lieber fabulierte sie über rechte Gewalt gegen Juden in Deutschland – obwohl diese nahezu ausschließlich von den islamischen Migranten ausgeht, die sie massenhaft ins Land holt.

Auch Faeser will die [Rede- und Meinungsfreiheit in Deutschland faktisch abschaffen](#). Sie verstieg sich gar zu der Aussage: „*Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen.*“ Kritik ist heute also „*Verhöhnung*“, der Ruf nach Neuwahlen „*Umsturz*“, die Ablehnung grundgesetzwidriger Migrations- und Klima-Enteignungspolitik „*Delegitimierung*“ und die Wahrnehmung des zivilen Widerstands- und Demonstrationsrechts durch mündige Bürger heißt jetzt „*Demokratieverachtung*“. Für ihren Kampf gegen den imaginären rechten Popanz will sie nun endgültig alle noch bestehenden rechtlichen Hürden überwinden, die ihr schon lange lästig sind: In Zukunft soll allein das „*Gefährdungspotenzial*“ bei der Überlegung ausschlaggebend sein, ob und wann der Staat gegen vermeintliche Gefährder vorgehe. Das solle immer dann passieren, wenn es „*Aktionspotenzial*“ und „*gesellschaftliche Einflussnahme*“ gebe. Im Klartext: objektivierbare, rechtlich klar definierte Kriterien werden durch beliebig herabgesetzte Schwellendefinitionen, subjektive Ermessensspielräume und willkürliche Einschätzungen ersetzt.

Die Regierung kriecht in die Köpfe der Bürger

Faeser will, unter Mitwirkung von Altparteien-, pardon: Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang und BKA-Chef Münch, die sich bereitwillig zu Lakaien degradieren lassen, die letzten rechtlichen Hürden im Kampf gegen alles beseitigen, was sie als „*rechts-extrem*“ ansieht – und das ist alles, was nicht ausdrücklich links ist. Der [Zugriff auf Kontoinformationen der vermeintlichen „Rechten“](#) soll erheblich erleichtert und der „*grenzüberschreitende Austausch von Rechtsextremisten*“ verboten werden. Außerdem wollen Faeser und ihre Handlanger nun auch endgültig in die Köpfe der Bürger vordringen: Dafür soll die „*Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet*“ (ZMI) gestärkt und ausgebaut werden. Außerdem soll das BKA Netzbetreiber in Fällen der „*Verrohung der Sprache*“ zur „*Löschung*“ von Inhalten anregen. „*Dort, wo es die gesetzlichen Regelungen ermöglichen, werden darüber hinaus durch Entfernungsanordnungen die Grundlagen für eine zwangsweise Durchsetzung etwaiger Löschungen geschaffen*“, heißt es weiter. „*Verrohung*“ – schon wieder so eine völlig arbiträre, beliebig auslegbare Worthülse, ebenso wie „*Hassrede*“ oder „*Hetze*“.

Doch wo immer diese „*Verrohung*“ willkürlich diagnostiziert wird, greift der Staat dann notfalls mit Gewalt durch: „*Dort, wo es die gesetzlichen Regelungen ermöglichen, werden darüber hinaus durch Entfernungsanordnungen die Grundlagen für eine zwangsweise Durchsetzung etwaiger Löschungen geschaffen*“, heißt es weiter. Der Verfassungsschutz will nun also auch noch als Sprach- und Gedankenpolizei agieren; das System maßt sich an festzulegen, welche Sprache noch akzeptabel ist, und verfolgt all diejenigen, die sich diesem grotesken Diktat nicht beugen wollen und sich weigern, penibel auf ihre Wortwahl zu achten. Haldenwang als Inkarnation des epochenübergreifenden deutschen Systemfunktionärs, der alles im Dienste des jeweils herrschenden Wahns mitträgt, sekundierte pflichtschuldig: „*Wir dürfen nicht den Fehler machen, im Rechtsextremismus nur auf Gewaltbereitschaft zu achten, denn es geht auch um verbale und mentale Grenzverschiebungen.*“ Und weiter: „*Wir müssen aufpassen, dass sich entsprechende Denk- und Sprachmuster nicht in unsere Sprache einnisten.*“ Das kommt ausgerechnet aus dem Mund der an den Schalthebeln der Macht angelangten linksgrünen Politikamarilla, die ihrerseits die deutsche Sprache pausenlos vergewaltigt, umgebogen, begrifflich entstellt und zu einem Minenfeld sondergleichen umgemodelt hat – vom Gendern über täglich mehr kriminalisierte Tabubegriffe bis hin zur semantischen Neubesetzung und Inflationierung von Vokabeln, die einst beispielloses Grauen und menschliche Abgründe beschrieben, heute aber nonchalant jedem Andersdenkenden entgegengeschleudert werden dürfen.

Am Ende steht die Diktatur

Wer die Sprache kontrolliert, kontrolliert das Denken – und deshalb soll jeder sprachliche Austausch, soll jede Verständigung zwischen Bürgern in diesem Land, sowohl in der Gruppensphäre wie auch im Privaten, nur noch in den engen Bahnen erlaubt sein, die die Regierung vorgibt. Sprache selbst soll daher fortan überwacht und rein gehalten werden.

Was bei der Linksradikealen Faeser nicht überrascht, wird bei Haldenwang zum Skandal: Schon qua Amtes müsste er sich einem solchen Vorhaben widersetzen, das jedes Verfassungsprinzip mit Füßen tritt. In schlimmster deutscher Tradition lässt er sich jedoch zum Kettenhund des neuen linken Obrigkeitsstaates machen. Wer wissen will, wie niederschwellig diese Gesinnungskontrolle funktioniert, sollte wissen, dass sich auf Haldenwangs schwarzer Liste verfänglicher Worte bereits ein Begriff wie „*Ethno-Pluralismus*“ findet – der für angeblich „*kaschierten puren Rassismus*“ stehe. Wer solche und andere Worte benutzt, gerät künftig also schon unter Verdacht und muss mit der vollen Härte des Linksstaates rechnen.

Dies kann heute schon zum Verlust des eigenen Bankkontos, des Berufes und ständiger Bespitzelung führen. Künftig wird jedoch die Engführung solcher „*Tatbestände*“ mit Terrorismus und Staatsverbrechen quasi vorgegeben: „*Rechtsextremistische Netzwerke*“, zu denen im Zweifel schon launige Stammtisch- oder Chatgruppen geframed werden, sollen künftig mit organisierter Kriminalität gleichgesetzt, „*rechtsextremistische Veranstaltungen*“ verboten werden (Haldenwang gab gar noch seiner Beunruhigung darüber Ausdruck, dass zu „*rechtsextremen*“ Veranstaltungen Vertreter von Parteien kämen, die „*nicht als rechtsextrem*“ gelten). Was am Ende unter „*rechtsextrem*“ zu verstehen ist, bestimmt die Regierung, Haldenwang folgt. So fallen schon heute etwa Treffen der WerteUnion oder konservative Bildungstreffen unter diese Kategorie. Es ist die totale Kriminalisierung des Alltags, jegliche freie Rede wird unter Generalverdacht gestellt. Die Begriffe sind so total verschoben und pervertiert, dass jeder ständig damit rechnen muss, wegen irgendetwas belangt und verfolgt zu werden – und Paus und Faeser wollen diesen Zustand noch potenzieren. Am Ende steht dann die Diktatur. Nicht die einer Einzelperson, sondern einer mit absolutem Totalitätsanspruch herrschenden politischen Kaste.

NS-Heimtückegesetz lässt grüßen

Wem das, was Faeser und Paus hier vorantreiben, sonderbar bekannt vorkommt: Alles ist tatsächlich schon mal dagewesen. Das [„Heimtücke-Gesetz“ der Nationalsozialisten von 1934](#) erlebt hier nach 90 Jahren seine Auferstehung – nur unter linken Vorzeichen: Fast wörtlich ähneln sich die Begründungen für die propagierten Maßnahmen. Auch damals wurde das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt, wurden alle kritischen Äußerungen, die angeblich das Wohl des Reiches, das Ansehen der Reichsregierung oder der NSDAP schwer schädigten, kriminalisiert. Man muss nur die Inhalte austauschen, die Methoden sind dieselben geblieben. Damals wie heute setzt sich eine ideologische Regierung mit dem Staat gleich und will jede Kritik an sich zum Verbrechen erklären. Sollten die geplanten Gesetze durchkommen, wäre dies das Ende der freien Meinungsäußerung und das Ende der freien Medien in diesem Land. Jeder müsste dann – mehr noch, als es schon heute der Fall ist – permanent unter dem Damoklesschwert leben, wegen jeder potenziell regierungskritischen Äußerung als „*rechtsextrem*“ eingestuft und schikaniert zu werden. Von hier ist es dann nicht mehr weit, bis Menschen wieder zuhause abgeholt werden (und zwar auch dann, wenn sie keiner angeblichen Reichsrollatorenputsch-Vereinigung angehören).

Dies alles ist ein einziger, kafkaesker Wahnsinn und markiert einen nicht – einmal bei dieser Regierung nach so kurzer Amtszeit für möglich gehaltenen – Dambruch. Es fällt schwer, solche Sätze niederzuschreiben, doch die Ampel-Regierung ist tatsächlich zum wahren Feind der Verfassung mutiert. Alles, was diesen Allmachtsphantasien einer stetigen Gedankenkontrolle und Oppositionsunterdrückung zum Zweck der eigenen Machtsicherung derzeit noch Einhalt gebieten könnte, wäre die Justiz, namentlich das Bundesverfassungsgericht – solange dieses noch nicht völlig gleichgeschaltet ist und die Zerstörung des Grundgesetzes rechtzeitig stoppt.